Miechowitzer Zeitung

Anzeiger für die Gemeindebezirke Miechowitz, Karf und Rokittnitz

Erscheint wöchentlich drei mal und zwar **Dienstag, Donnerstag und Sonnabend** nachmittags. Bezugspreis pro Monat 150 Pfg. frei ins Haus; durch die Post bezogen 4.50 Mk. pro Vierteljahr

Geschäftsstelle: Dittmann's Buchhandlung, Miechowitz.

Verantwortlich für den Gesamtinhalt: Josef Jarosch, Miechowitz.

Anzeigenpreis: Die 8 gespaltene Colonellzeile oder deren Raum kostet 20 Pfennig. – Bei Wiederholungen wird Rabatt gewährt Druck: „Kurier" G. m. b. H. Königshütte — Kattowitz.

Nummer 129. **Freitag, den 5. November 1920** **6. Jahrgang.**

Das Sozialisierungsfiasko in Oesterreich.

Durch die Tagespresse ging vor einigen Tagen ein lesenswerter Artikel von einem Kenner amerikanischer Eisenbahnverhältnisse über das große Fiasko, welches man in Amerika mit der Verstaatlichung der Eisenbahnen gemacht hat. Praktisch und entschlossen, wie die Amerikaner nun einmal sind, zögerten sie nicht, den begangenen Fehler schnell zu korrigieren und gaben die Eisenbahn unter Aufwendung großer Opfer wieder in die bewährten Hände der privaten Unternehmer zurück. Es ist nun sehr interessant, darauf hinzuweisen, daß man eine ganz ähnliche Entwicklung, wie sie bei den amerikanischen Eisenbahnen vorliegt, auch in Oesterreich bei den verstaatlichten ehemaligen militärischen Betrieben, nämlich dem Arsenal, der Werke in Fischamend, Wöllersdorf, Wörth und der Schleppbahn am Steinfeld, beobachten kann. Die Zusammenfassung dieser eBtriebe in die Firma „Staatliche Industriewerke" erfolgte in diesem Sommer. Bemerkenswert ist, daß nach dem Wortlaut der Protokollierung das Unternehmen nach „kaufmännischen Grundsätzen zu führen" sei. Es hat sich aber auch hier die alte Erfahrung bestätigt, daß der Staat als Kaufmann versagt, und in der allerletzten Zeit soll die Geschäftsführung auch durch innere Reibungen und Palastrevolutionen starke Hemmungen erfahren haben. Im Staatsamt für Handel besteht deshalb der Plan, die „Staatlichen Industriewerke" umzuformen und die Betriebsführung der Privatindustrie unter Beteiligung des Staates am Gewinn zu überlassen. Die „Neue Freie Presse" vom 9. d. Mts. faßt den augenblicklichen Stand der Dinge in dieser Angelegenheit folgendermaßen zusammen: „Da der Staat nicht in der Lage ist, genügend fremdes Kapital zu beschaffen und Betriebsverluste hat, will er Industrielle heranziehen, mit denen er eine Verwertungsgesellschaft bildet. Die verschiedenen Unternehmungen, beispielsweise die Werkzeugfabrik und die landwirtschaftliche Maschinenfabrik würden in selbständige Aktiengesellschaften umgewandelt werden. Der Staat hätte die ihm heute gehörenden Objekte einzubringen, würde eine fixe Summe erhalten und an dem Gewinn aller Betriebe, sowohl der alten als etwa auch der neu zu gründenden beteiligt sein. Die Industriegruppe würde die Geschäfte gleichsam als Kommissionär des Staates führen. Die Summen, um die es sich handelt, sind sehr groß, was schon daraus hervorgeht, daß jede der eingereichten Offerten als Ablösungsbetrag für den Staat mehrere hundert Millionen Kronen ins Auge gefaßt hat. Das höchste Angebot soll sich auf 800 Millionen Kronen belaufen haben. Für die weitere Geschäftsführung würden sehr bedeutende Kredite erforderlich sein, welche von den Industrie- bezw. Finanzgruppen beigestellt werden sollen. Im Verlaufe der Verhandlungen sind auch Pläne aufgetaucht, welche die Beteiligung der Arbeiter am Gewinn betrafen. Sie wurden jedoch, wie verlautet, zurückgestellt, weil man besorgte, daß dadurch die Heranziehung ausländischen Kapitals erschwert werden könnte. . . ."

Die meisten Erörterungen über die Sozialisierung tragen bisher ein stark theoretisches Gepräge, es wäre im Interesse der Sache wünschenswert, wenn sich die Aufmerksamkeit in größerem Umfange mit den außerordentlich wichtigen praktischen Erfahrungen beschäftigen würde, die bereits in anderen Staaten mit der Sozialisierung gemacht worden sind.

Die Randstaaten als Seuchenschutz für Westeuropa.

= Die ungeheure Gesundheitsgefahr, die die von Osten anstürmende rote Flut in sich birgt, wird von dem Mitglied der Rigaer Sanitätskommission Prof. Dr. Adelheim in einem Aufsatz der Münchener Medizinischen Wochenschrift beleuchtet.

„Wenn schon der Grundsatz eines jeden geordneten Staates, daß der Mensch sein kostbarstes Gut sei", so schreibt er, „vom alten zaristischen Rußland nicht allzu hoch eingeschätzt wurde, so spottet es doch aller Beschreibung, wie das bolschewistische Rußland mit diesem Grundsatz und seinem Gute umspringt. Die bolschewistische Vorstellung, daß die Geschichte der Menschheit im Wesentlichen eine Geschichte der Bourgeois ist, macht es verständlich, daß einer der charakteristischsten Züge des bolschewistischen Denkens und Fühlens der Mangel an Pietät und die Nichtachtung vor der Erfahrung ist. Jeder Niährige Bengel, sofern er nur kommunistischen Ideen huldigt, ist ihnen mehr wert, wie der hochgereifte, auf seinem Gebiete erfahrene Mann. Nicht zuletzt hat diese Stellungnahme den vollkommenen Zusammenbruch beschleunigt."

Mit einem solchen Staat, der die primitivsten hygienischen Begriffe bis zur Unkenntlichkeit verzerrt, lassen sich auf gesundheitlichem Gebiet keine internationalen Verträge schließen. Die einzige Rettung vor den Seuchen, die im bolschewistischen Rußland wüten, und für Westeuropa eine beständige Gefahr bilden, besteht darin, daß die vom Bolschewismus losgelösten Randstaaten, Finnland, Estland, Lettland, Litauen, Weißrußland, Polen und die Ukraine zu einem natürlichen Bollwerk gegen die von Osten anstürmende Seuchengefahr ausgestaltet werden. Adelheim fordert daher ein internationales Abkommen der Randstaaten untereinander, das folgende Hauptpunkte berücksichtigen müßte:

„Obligatorischer Nachrichtendienst über den Stand der Infektionskrankheiten, insbesondere über das Auftreten neuer seuchenhafter Erkrankungen; Ausarbeiten des Quarantänewesens, Regelung des Transitverkehrs von Flüchtlingen, Grenzabkommen über die Zulassung medizinischen Personals in einer bestimmten Zone, gegenseitige Anerkennung von Leichen- und Gesundheitspässen usw. Neben einem engen Zusammenschluß der Randstaaten untereinander ist ihr Anschluß an die Pariser Konvention, die nun einmal die Grundlage der internationalen Gesundheitsgesetzgebung bildet, dringend wünschenswert. Um die gemeinsame Arbeit einheitlich zu gestalten und zu erleichtern, wird die Gründung eines internationalen Gesundheitsamtes vorgeschlagen, das die ganze Organisation auf medizinisch-sanitärem Gebiet in die Hand nehmen soll.

Abgesehen von der Seuchenpro , die in erster Linie in Betracht kommt, soll auch die sozial-hygienische Gesetzgebung und Aufsicht hineinbezogen werden. Nur auf diese Weise lassen sich stabile Gesundheitsverhältnisse erzielen, die nicht nur für die Sicherheit ganz Europas, sondern auch für den wirtschaftlichen Wiederaufbau von höchster Wichtigkeit sind.

„Für Auswanderer".

Beim Reichswanderungsamt häufen sich in letzter Zeit die von amtlichen und privaten Stellen stammenden Nachrichten, in denen über das ungebührliche und unwürdige Betragen zahlreicher deutscher Auswanderer im Ausland Klage geführt wird. So heißt es in einem Bericht:

„Es ist notwendig, darauf hinzuweisen, daß die bisher mit den Einwanderern gemachten Erfahrungen ungünstig sind. Bei den meisten gewinnt man den Eindruck, als ob sie nicht ganz normal sind. Entweder stellen sie die unglaublichsten Forderungen oder Ansinnen, sind fahrig, unzuverlässig in ihren Angaben und oft sichtlich unter so eigenartigem Druck, daß es beängstigend wirkt, oder sie haben ganz vergessen, warum sie eigentlich ausgewandert sind, sind mit allem unzufrieden, schimpfen auf alles, ganz besonders auf die hiesige deutsche Kolonie und die Behörden, die nach ihrer Meinung nur für sie da sind und sie auch mit Mitteln zu unterstützen haben, wenn sie die ihnen angebotene, meist nur mit allergrößter Schwierigkeit besorgte Beschäftigung und Unterkunft ablehnen mit der Begründung, daß sie arbeiten auch in Deutschland gekonnt hätten. Bei den meisten scheint das aber krankhaft zu sein."

Ein derartiges Verhalten dient dazu, die Deutschen als Auswanderer in fremden Ländern unbeliebt zu machen, und die ganze deutsche Sache zu schädigen. Es liegt daher im Interesse der deutschen Auswanderung diesem Uebelstande nachhaltig entgegenzuwirken. Die Zweigstelle des Reichswanderungsamts, Breslau 18, Kaiser Wilhelmplatz 20 gibt über alle Einzelheiten in den verschiedenen Auswanderungsländern genaue Auskunft."

Groetschel, Leiter.

Der sozialdemokratische Einheitsstaat.

Berlin, 4. November. (Eigene Meldung.) Der „Vorwärts" veröffentlicht einen Artikel des sozialdemokratischen Abgeordneten Professor Gustav Radbruch, in dem der Vorschlag gemacht wird, zum deutschen Einheitsstaat dadurch zu gelangen, daß Preußen das Beispiel gibt, in dem es zuerst auf seine Staatshoheit zu Gunsten des Reiches verzichtet. Die Reichsregierung würde damit ohne weiteres für Preußen zuständig sein. Radbruch erklärt, seine Vorschläge stammten von führenden Mitgliedern der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Bundesstaat Oberschlesien.

Dammerts Büro meldet aus Berlin: Der Gesetzentwurf über die Autonomie Oberschlesien, der dem Reichstage demnächst als Entwurf eines Gesetzes betreffend das Land Oberschlesien zugehen wird, wird in einem Zusatz von Artikel 167 der Reichsverfassung bestehen. Nach Artikel 167 sollen bekanntlich die Bestimmungen des Artikels 18 über die Gründung von neuen Ländern erst zwei Jahre nach Verkündung der Reichsverfassung, das heißt erst am 14. August 1921, in Kraft treten.

Artikel 167 soll nun ergänzt werden durch einen neuen Absatz wonach in Oberschlesien bereits innerhalb zweier Monate, nachdem die deutschen Behörden in den zur Zeit besetzten Gebieten die Verwaltung wieder übernommen haben, eine Abstimmung darüber stattfindet, ob ein Land Oberschlesien gebildet werden soll. Wird die Frage bejaht, so ist das Land unverzüglich zu bilden, ohne daß es eines weiteren Reichsgesetzes bedarf.

Zunächst wird eine Landesversammlung gewählt, die binnen dreier Monate nach der amtlichen Feststellung des Abstimmungsergebnisses zur Einsetzung der Landesregierung und zur Beschlußfassung über die Landesversammlung einberufen wird.

Der Reichspräsident soll die Wahlordnung nach den Grundsätzen des Reichswahlgesetzes erlassen und den Wahltag bestimmen. Er ist ferner ermächtigt, den Zeitpunkt der Bildung des Landes Oberschlesien im Benehmen mit der oberschlesischen Landesversammlung zu bestimmen. Die Abänderung der Reichsverfassung beschränkt sich also auf eine Vorwegnahme der in der Verfassung zur Sanktionierung der Abstimmung vorgesehenen Reichsgesetze und auf eine Erleichterung in den Formen des der Abstimmung vorausgehenden Verfahrens.

Irgend welche Folgerung für andere Landesteile sollen aus dieser Ausnahmebestimmung nicht gezogen werden.

* * *

Berlin, 3. November. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" teilt mit, daß das preußische Kabinett beschlossen hat, der Entscheidung der Reichsregierung über die oberschlesische Autonomie zuzustimmen.

Ein neuer Abstimmungstermin. Das „8 Uhr-Abendblatt" verzeichnet eine englische Blättermeldung, wonach die Volksabstimmung in Oberschlesien voraussichtlich im ersten Drittel des März 1921 vorgenommen werde.

Die Abstimmungsreise. Ueber die Abstimmungsreise nach Oberschlesien ist die „Voss. Ztg." in der Lage, mitzuteilen, daß jeder Abstimmungsberechtigte kostenlos mit einem besonderen, vom deutschen Schutzverband ausgestellten Fahrschein hin- und zurück befördert wird. Die Reisenden werden nach ihren Geburtsorten verteilt. Jeder Transportzug hat einen Transportführer, dem Vertrauensleute zur Seite stehen. Ferner ist jedem Zuge ein Arzt mit dem nötigen Pflegepersonal zugeteilt.

Das Verfahren gegen die „Kriegsschuldigen."

Genf, 4. November. (Eigene Meldung.) Der „Temps" meldet, die Justizkommission des alliierten Rates habe zu der Aburteilung der deutschen Kriegsschuldigen durch die deutschen Gerichte einen Beschluß gefaßt, der die Vernehmung der Zeugen aus den Ländern der Alliierten nur unter Zuziehung der alliierten Gerichtsbehörden als rechtsgiltig zugesteht.

König Konstantin wahrt seine Rechte.

Zürich, 4. November. (Eigene Meld.) Die „Agenzia Stefani" veröffentlicht die ablehnende Erklärung des Königs Konstantin und des früheren Kronprinzen, auf den griechischen Thron zugunsten des Prinzen Paul oder eines anderen Agnaten zu verzichten.

Französische Offiziere beim General Wrangel.

Zürich, 4. November. (Eigene Meld.) Dem „Secolo" wird aus Paris gemeldet, daß über Marseille in den letzten Tagen mehr als 400 französische Offiziere, die bisher an der polnischen Front tätig waren, an die südrussische Front des Generals Wrangel abgegangen sind.

Gegen die Besatzungslasten.

Genf, 4. November. (Eigene Meldung.) Der „Matin" meldet, daß gegen die Höhe der Besatzungsarmee und gegen eine am 1. November eingetretene Verstärkung um zwei französische Bataillone eine neue Vorstellung Deutschlands durch den deutschen Botschafter am Dienstag überreicht worden.

* * *

Der Hauptausschuß des Reichstages trat zu einer Besprechung über die Ausführung des Friedensvertrages zusammen. Reichsschatzminister v. Raumer machte vertrauliche Mitteilungen und beantragte, die Kosten für den Besatzungsausschuß von 20 auf 40 Millionen zu erhöhen. Er führte aus: Es sind Verhandlungen mit den maßgebenden Stellen der Besatzungsmächte aufgenommen worden, und es sei zu hoffen, daß auf diese Weise eine Milderung der Besatzungsquote zu erwarten ist. Um dies zu erreichen, sei erforderlich, auf die Herabsetzung der Besatzungsstärke hinzuwirken, ferner die Garnisonen endgültig festzulegen. Der Reichsschatzminister gab nähere Erläuterungen zu den außerordentlichen Kosten, die bisher erwachsen und noch zu erwarten sind. Er gab weiter bekannt, daß trotz der erst kürzlich erfolgten Erhöhung (Kapitel 4 Titel 1) auf 15 Milliarden eine weitere Heraufsetzung des Etats leider erforderlich sei. Neue Forderungen der Besatzungsmächte und das Abschlußergebnis des ersten Halbjahres verlangten diese Erhöhung.

* * *

Im Hauptausschuß des Reichstages bemerkte Dr Helfferich (Dt. Nat.), wenn die Angabe des Reichsschatzministers richtig wäre, daß Amerika die Kosten seiner 17 000 Mann starken Okkupationsarmee auf täglich 1 220 000 Dollars beziffere, so seien das rund 32 Milliarden Mark jährlich für 17 000 Amerikaner. Das sei doch eine vollendete Unmöglichkeit. (Allseitige Zustimmung.) Nach dem heutigen Kurse seien 300 Milliarden Franken an Frankreich zu zahlen. Es handle sich hier gar nicht mehr um finanzielle, sondern um astronomische Zahlen. Was heute besetzt sei, gehe weit hinaus über die im Waffenstillstandsvertrage erwähnten strategischen Punkte. Wir müßten Festhaltung an dem ursprünglichen Sinne fordern.

russische Front des Generals Wrangel abgegangen sind.

*

Der Korrespondent des „Daily Express" berichtet aus Konstantinopel vom 1. November, daß der Druck der Bolschewisten gegen die Armee Wrangels in der Krim stärker sei, als man anfänglich geglaubt habe. Die Bolschewisten hätten bei ihrem Vormarsch drei Armeekorps, vier Kavalleriedivisionen und mehrere Detachements aus dem Turkestan in den Kampf geworfen und Melitopol und andere bedeutende Städte erobert. Chatok werde geräumt.

*

— Aus Sebastopol wird gemeldet, daß die Bolschewisten die Wrangelfront durchbrochen haben. Die Stadt Molitopol und andere Punkte wurde den Bolschewisten preisgegeben und die Roten Truppen stehen vor Peribop. General Wrangel beschränkt sich einzig und allein auf die Verteidigung gegenüber der vorflutenden Roten Welle, die auf die Krim zum Schwarzen Meere vorzustoßen scheint.

* * *

Kerenski und Wrangel. „Echo de Paris" meldet daß Kerenski im Hauptquartier des Generals Wrangel eingetroffen sei. Die Proklamation eines weiß-russischen Staates steht bevor, wobei Kerenski die politische, General Wrangel die militärische Leitung übernehmen wird. Die in Polen ausgebildeten weiß-russischen Streitkräfte sind zur Wrangelarmee gestoßen. „Daily Mail" will aus Moskau erfahren haben, daß die Sowjetregierung seit 12 Tagen ohne Nachrichten aus den sibirischen Gouvernementshauptstädten ist. Danach scheint sich zu bestätigen, daß dort antibolschewistische Bewegungen ausgebrochen sind und die amtlichen Drahtleitungen sich bereits in der Gewalt der Gegenrevolution befinden.

* * *

Die Räumung Kownos verschoben? Das lettische Pressebüro meldet aus Kowno, daß die Räumung der Stadt infolge eines Erfolges, den die Littauer angeblich über die Truppen des Generals Zeligowski davongetragen hatten, aufgehört hat.

Reichstag.

= **Berlin, 4. November.** (Eig. Meldung.) **Der Reichstag beginnt seine heutige Sitzung um 3 Uhr nachmittags. Als erster Redner spricht für die Deutschnationalen Dr. Helfferich, für die Deutsche Volkspartei Wetter-Hessen, als Redner der Deutschdemokraten dürfte ebenfalls noch im Laufe des heutigen Tages Reichsminister a. D. Dernburg das Wort nehmen.**

Preußen und die oberschlesische Autonomie.

Berlin, 3. November. (Eigene Meldung.) Die Erklärung der Regierung für die Oberschlesische Autonomie ist gestern durch einen preußischen Kabinettsbeschluß erfolgt. Das Kabinett trat gegen 11¼ Uhr zur Sitzung zusammen, die bis zwei Uhr währte. Die Zustimmung des preußischen Kabinetts wurde gegen 2 Uhr ausgesprochen. Die finanzielle Regelung zwischen Preußen und Oberschlesien soll unabhängig vom Autonomiegesetz in einer späteren Vorlage erfolgen. Der Beschluß des preußischen Kabinetts geht dahin, daß das preußische Kabinett der Entscheidung der Reichsregierung zustimmt, Oberschlesien durch Reichsgesetz die Stellung eines selbständigen Staates zu gewähren. Im Anschluß daran erklärte sich das Staatsministerium damit einverstanden, daß Oberschlesien mit dem Inkrafttreten des Reichsgesetzes aus dem preußischen Staatsverband ausscheidet.

Die polnische Kriegsbilanz.

Genf, 3. November. (Eigene Meldung) „Echo de Paris" erfährt aus Warschau: Die polnische Regierung hat die Kosten des Feldzuges gegen Sowjetrußland auf vorläufig 2½ Milliarden polnische Mark festgestellt. Den Russen werde für die Zerstörung der polnischen Gebiete eine Kostenrechnung von 8½ Milliarden polnischer Mark zugestellt. In den polnischen Gefangenenlagern sind 188 000 Russen eingeliefert.

Rotterdam, 3. November. (Eigene Meldung.) Aus Riga wird dem „Nieuwe Rotterdamsche Courant" gemeldet: In dieser Woche treffen Joffe und Dombski ein, um in Verhandlungen über den endgiltigen Frieden einzutreten.

Das Defizit der Post und Eisenbahn.

Berlin, 3. November. (Eigene Meldung.) Die Reichseisenbahnen haben für Oktober eine Mindereinnahme von 3,9 Milliarden Mark, die Reichspost hat ein Defizit von 1,7 Milliarden Mark zu verzeichnen.

Das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung.

Berlin, 3. November. (Eigene Meldung) Bei der zweiten Lesung des Etats werden, wie verlautet, die Minister der Reichsregierung in die allgemeine Aussprache eingreifen, und ein Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung darlegen. Es handelt sich dabei um sehr weitgehende und einschneidende Maßnahmen. Der Reichstag wird Ende dieser Woche die allgemeine Aussprache zum Haushaltsplan abschließen. In der kommenden Woche vom 7. bis 14. November soll nach dem Beschluß des Aeltesten-Rates keine Plenarverhandlung stattfinden, um die Beratungen des Haushaltsplans im Haushaltsausschuß zu fördern.

Berlin, 3. November. (Eigene Meldung.) Die Regierungsvorlage über das Betriebsbilanzgesetz ist fertiggestellt und wird im sozialpolitischen Ausschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrates auch an den folgenden Tagen in Verbindung mit den Eingaben des Reichsverbandes der deutschen Industrie und der Arbeitsgemeinschaft der Angestelltenverbände beraten werden.

Ein 104 Mark-Tagelohn-Streik.

Hamburg, 3. November. (Eigene Meldung.) Die Forderungen einzelner Arbeiter werden immer phantastischer. Gestern sind im Altonaer Fischerhafen die Schauerleute in den Ausstand getreten, weil sie nicht mehr große Massen Heringe wie bisher mitnehmen konnten. Sie hatten bisher immer bis zu ¾ Zentner Heringe mitgeschleppt, und damit einen schwunghaften Handel getrieben. Sie verlangten jetzt einen Stundenzuschlag von 20 Mark und ließen sich mit Mühe und Not bereden, bis auf 6,50 Mark pro Stunde herabzugehen, sodaß sie einen Tageslohn von 104 Mark beziehen. Da es aber „nicht mehr so weiter gehen kann", sind die Schauerleute jetzt in den Streik getreten.

Keine Prämien mehr an deutsche Verräter.

Berlin, 3. November. (Eig. Mell.) Nach bei der hiesigen Ententekommission vorliegenden Anweisungen des Alliertenrates sollen keine Agenten, die deutsche Staatsangehörige sind, für Ermittelungszwecke der Ueberwachungskommission mehr angestellt werden und keine Prämien an Deutsche für Anzeigen von Umgehung des Versailler Vertrages mehr ausgezahlt werden.

Meuternde polnische Regimenter.

Berlin, 3. November. (Eig. Meldung.) Zuverlässigen Nachrichten zufolge habe das 30. Regiment der Warschauer Division die Front verlassen und sich nach Polen zurückbegeben. Die Posener Regimenter hätten gleichfalls mehrmals zu meutern versucht.

Rückzug des Generals Wrangel. Aus Konstantinopel wird vom 2. 11. gemeldet: Die Truppen des Generals Wrangel haben sich hinter die Perekopstellung zurückgezogen; eine Division erlitt schwere Verluste. Die angreifenden Bolschewisten werden auf 140 000 Mann geschätzt.

— Laut einer drahtlosen Meldung aus Moskau hat Trotzki bekannt gegeben, daß 5 Armeen des Heer Wrangels von allen Seiten zermalmen und daß das Schicksal der Hauptkriegskräfte Wrangels entschieden sei.

— Die gesamte holländische Presse kommentiert in verschiedenen Artikeln die Nachrichten von einer neuen Schlappe der Armee des Generals Wrangel. Sie sind alle der Meinung, daß Wrangels Heer völlig vernichtet sei.

Litauisch-russische Verhandlungen.

Berlin, 3. November. (Eig. Meldung.) Der „Tag" meldet aus Riga, daß zur Unterhandlung mit der litauischen Regierung eine russische Delegation eingekommen ist. Zwei offizielle Sitzungen haben bereits stattgefunden, die erste unter dem Vorsitz des stellvertretenden Ministers des Auswärtigen Litauens, Pluna, die zweite unter dem Vorsitz von Lastowsky.

Warschau, 2. November. (Reuter.) Polen hat den Vorschlag des Völkerbundes, im Gebiet von Wilna eine Volksabstimmung stattfinden zu lassen, angenommen.

Um Bessarabien. Nieuwe Courant meldet aus Washington, die amerikanische Regierung habe bei der rumänischen Regierung gegen die Angliederung Bessarabiens Einspruch erhoben.

Präsident Harding.

Berlin, 3. November. (WTB.) Havas berichtet, daß Senator Harding zum Präsidenten der Vereinigten Staaten gewählt worden ist.

Genf, 3. November. (Eigene Meldung.) Der „Herald" meldet aus Newyork: Die Wahlbeteiligung war die größte seit 1879. 80 Prozent der Wähler haben ihre Stimme abgegeben. Beide Präsidentschaftskandidaten hatten in ihren letzten Wahlaufrufen die Notwendigkeit zur schnellen Erledigung des Versailler Vertrages betont, um zum Frieden mit Deutschland zu gelangen.

— Wetzl-Versprechungen. In einem Schreiben an den Völkerbundsverein erklärte Gouverneur Cox, Rußland müsse in den Völkerbund aufgenommen werden und die Möglichkeit erhalten, nach eigenem Ermessen seine Gesinnung zu bewerkstelligen. Amerika habe daran Interesse und müsse den bedrückten hungerleidenden Nationen helfen. Cox sagte, er werde jede Politik unterstützen, die Amerika zu einem moralischen und menschenfreundlichen Führer der Welt mache.

Die Noten über die oberschlesische Frage.

Genf, 3. November. (Eigene Meldung.) Havas meldet: Der Botschafterrat wird in der kommenden Woche die noch unerledigten Noten Deutschlands und Polens in der oberschlesischen Frage zur Erledigung bringen.

Unersättlich.

Die Gier, Schieberverdienste einzustecken, hat auch die Arbeiter ergriffen. Wir sprechen dabei natürlich nicht von Arbeitern, die der Teuerung entsprechend ein erheblich höheres Einkommen als früher beziehen, das ihnen gestattet, sich auch bei den heutigen hohen Preisen sattzuessen und vielleicht auch noch etliche Anschaffungen zu machen, die freilich den wenigsten Leuten vergönnt sind, da die Preise für Kleidungsstücke, Wäsche und Stiefel so riesenhoch geworden sind, daß sich Jeder mit dem bescheidet, was ihm aus Friedenszeiten übriggeblieben ist und nur im alleräußersten Notfalle zu Neuanschaffungen schreitet. Für die Staatsbetriebe hat die Preisteuerung auf allen Gebieten geradezu verheerend gewirkt, wie aus der heute vorliegenden Meldung wieder hervorgeht, nach der das Milliardendefizit bei der Eisenbahn und bei der Post auch im Oktober keineswegs gewichen ist — im Gegenteil: insgesamt handelt es sich um 5,6 Milliarden Mark Mindereinnahmen im abgelaufenen Monat.

Selbstverständlich müssen auch die Angestellten der Eisenbahn und der Post eine auskömmliche Entlohnung haben, denn mit hungrigem Magen kann Niemand arbeiten. Aber es darf auch kein Arbeiter oder sonstiger Bediensteter oder Angestellter beschäftigt werden, der überflüssig ist, denn Staatsbetriebe sind keine Versorgungsanstalten für Arbeitslose. Will man für diese sorgen, so müssen andere Wege gefunden werden. Wir haben immer wieder darauf hingewiesen, daß die einzige Möglichkeit, wieder zu geordneten Zuständen zu kommen die gründliche Durchführung eines erheblichen Preisabbaues ist, denn im andern Falle hören die Lohnerhöhungsforderungen niemals auf und erfahrungsgemäß hat eine jede Lohnerhöhung immer noch eine Preiserhöhung der wichtigsten Lebensmittel im Gefolge gehabt. Das haben einsichtige Arbeiter auch längst eingesehen und erklärt, es wäre ihnen lieber, wenn sie billigere Nahrungsmittel bekämen als höhere Löhne.

Unerhörte Zustände herrschen schon längst im Fischfang. Man hörte bereits früher von den geradezu ungeheuerlichen Einnahmen der in diesem Berufe Beschäftigten und sie machen nun abermals von sich reden durch ihre seltsamen Gepflogenheiten. Bisher hatten sie sich tagtäglich ¾ Zentner Fische „angeeignet" und trieben damit einen schwunghaften Handel zum Nachteile ihrer Arbeitgeber, die sich das begreiflicherweise nicht länger gefallen ließen. Sofort setzten neue Lohnforderungen ein. Wenn dabei die Fischereiarbeiter auch nicht das erreichten, was sie wollten, so belaufen sich ihre jetzigen Einnahmen doch auf 104 M. täglichen Lohn nach den neuen Abmachungen. Derartige übertrieben hohe Löhne sind nur dazu angetan, den Neid der minder gut bezahlten Arbeiter zu erregen und damit wird ein weiteres Anwachsen des Kommunismus herbeigeführt.

Aber auch sonst leiden alle Konsumenten unter ihnen, denn selbstverständlich müssen die hohen Lohnausgaben der Preiskalkulation zugrundegelegt werden und die Folge ist ein abermaliges Anwachsen der Heringspreise, also eine nicht unerhebliche Verteuerung dieses wichtigen Vollnahrungsmittels, die neben den hohen Fleischpreisen doppelt schwer ins Gewicht fällt. Die selbstsüchtigen Fischereiarbeiter fallen also ihren Arbeitsgenossen in den Rücken mit ihrer unerhörten Selbstsucht, die nichts danach fragt, worin die Folgen bestehen. Diese Unersättlichkeit in der Lohnforderung ist ein sehr schlimmes Zeichen unserer so sehr auf nacktesten Egoismus eingestellten Zeit. Auf der einen Seite, besonders bei den selbstbesoldeten geistigen Arbeitern größtes Elend und auf der anderen Verschwendungssucht, denn nach den sozialdemokratischen Grundsätzen ist Sparsamkeit nahezu verboten. Die allerwenigsten Arbeiter sind geneigt, mit dem verdienten hohen Lohne hauszuhalten. Am Wochenende ist auch bei den höchstbezahlten Arbeitern in den allermeisten Fällen kaum noch ein Groschen des letzten Wochenverdienstes übriggeblieben.

Das bemerkenswerteste dabei ist die Weigerung, Steuern zu zahlen, obwohl den außergewöhnlich gutbezahlten Arbeitern die Erfüllung ihrer steuerlichen Pflichten keineswegs schwer fallen würde. Aber die Ergebnisse des 10prozentigen Lohnabzuges sind geradezu kläglich, weil in sehr vielen Fällen die Unterlassung des Lohnabzuges erzwungen worden ist, vielfach gerade von den bestbezahlten Arbeitern. Es ist also die vornehmste Pflicht der politischen Parteien, auf diesem Gebiete aufklärend zu wirken und den Widerspänstigen vor Augen zu führen, daß nach Durchsetzung ihrer längstgehegten politischen Forderung auf Ablösung der Monarchie durch die Republik die Erfüllung der staatlichen Pflichten zur Ehrensache ihrer begeisterten Anhänger geworden ist. Aber die Folgerichtigkeit ist leider immer eine der schwächsten Seiten der sozialdemokratischen Partei in allen ihren Schattierungen gewesen. p. v.

Der Wirtschaftskrieg gegen Deutschland.

Englische Aufrichtigkeiten.

In einem offenen Brief an Poincare, der nach Ansicht der Engländer den mächtigsten persönlichen Einfluß in der französischen Politik habe, schreibt Gardiner in den „Daily News":

Die Politik von Paris, für die Sie vielleicht mehr als eine andere Person verantwortlich sind, hat über die Politik von Washington triumphiert. Der Hauptzweck Ihrer Politik ist einfach, nämlich die

politische und wirtschaftliche Zerstörung Deutschlands.

In ganz Europa haben Sie dieses Ziel verfolgt mit einer Geschicklichkeit, einer Kühnheit und einer Energie, die ebenso glänzend wie verhängnisvoll und kurzsichtig ist. Auf der einen Seite wird Deutschland unter der Drohung einer schrankenlosen Entschädigung gehalten, wodurch seine finanzielle Wiederherstellung so gut wie unmöglich gemacht wird, auf der anderen Seite wird es mit der Beraubung der Quellen wirtschaftlicher Kraft bedroht, die es ihm ermöglichen würden, die vernünftige Wiedergutmachung zu leisten, die die Gerechtigkeit fordert. Von seinen drei Kohlengebieten ist ihm eins genommen worden. In dem Fall Oberschlesien arbeiten Ihre Militäragenten unaufhörlich, um zu erreichen, daß Oberschlesien an Polen fällt. Im Falle des Ruhrgebiets ist Ihre offene zugegebene Politik die, das Ruhrgebiet mit Ihrem Heer zu besetzen und es als Werkzeug für die politische Zerstückelung Deutschlands zu gebrauchen, bei Absonderung einer süddeutschen Konföderation unter französischem Protektorat. Die deutsche Bevölkerung des alten Oesterreich wird in Bruchstücke zerteilt und zur Verarmung und Unterdrückung verurteilt, um die Vereinigung zu verhindern, die sie mit dem Volke ihrer Sprache und Rasse wünscht.

Zugleich mit Verfolgung dieses Zieles, Deutschland mit Gewalt niederzuhalten, bauten Sie das, was die „Neue Republik" den frechsten Imperialistenplan, seitdem das Alldeutschtum seinen Zenith erreichte, genannt hat. Der Kontinent wird mit Ihren militärischen Allianzen und den Schwärmen Ihrer Militärmissionen übersät, französische Politik hat den

Polen zu einem wahnsinnigen Imperialismus

ermutigt, der die Aussichten dieses unglücklichen Landes zugrunde gerichtet hat. Französische Politik unterstützte Wrangel und machte den Frieden mit Rußland unmöglich. Die großen Waffenfabriken von Skoda sind unter französische Kontrolle. Ungarn ist ein Vorposten Ihres Militärsystems, und man läßt ihm ein Heer von 350 000 Mann, während das österreichische Heer auf 30 000 Mann herabgesetzt worden ist, und die Streitkräfte des gesamten Deutschen Reiches auf 100 000 Mann herabgesetzt werden sollen.

Ihr Vertrag mit Belgien,

den im Völkerbund eintragen zu lassen, Sie sich geweigert haben, macht dieses Land zu etwas, das sich von einem französischen Protektorat wenig unterscheidet. Das offen zugegebene Ziel ist die

Oeffnung der Schelde.

Diese Oeffnung würde Antwerpen zu einem mächtigen Flottenstützpunkt machen.

Gardiner fährt fort: Ihre Politik führt zu einem unvermeidlichen Bruch mit Großbritannien und Italien und zu der dauernden aktiven Freundschaft der Germanen und Slawen. Ihre Politik ist der Todesweg für alle, sie führt zur allgemeinen Anarchie und Auflösung. Die Geschäfte Europas können nicht weiter fortgeführt werden, indem einer den andern den Hals abschneidet, sie können nur fortgesetzt werden, wie alle anderen Geschäfte durch gegenseitige Unterstützung und einen freundschaftlichen Geist. Die Zeiten des Halsabschneidens sind vorüber.

•

Genf, 3. November. (Eigene Meldung.) Die Havas-Agentur meldet, daß ein Beschluß des Alliertes-Rates, die Milchlieferung Deutschlands auf 400 000 herabzusetzen, nicht ergangen sei. Einem solchen Antrag würde Frankreich mit aller Entschiedenheit widersprechen müssen.

Verstimmung zwischen Frankreich und England.

Berlin, 3. November. (Eig. Meld.) Der „Tag" meldet: Havas berichtet aus London, daß der französische Botschafter in London gestern bei Lloyd George vorsprach. Er gab namens der französischen Regierung die Erklärung ab, daß das getrennte Vorgehen Englands in der Wiederherstellungsfrage die Erfüllung der Bedingungen des Friedensvertrages in ihrer Gesamtheit bedrohe und damit zugleich die Einigkeit der Entente gefährde.

Der Streit um Genf.

Genf, 3. November. (Eig. Meld.) „Echo de Paris" meldet, daß die Wiederherstellungskommission den Verhandlungen mit den deutschen Sachverständigen in Brüssel unter dem Vorbehalt zugestimmt habe, daß in Brüssel keine Beschlüsse gefaßt werden. Die französischen Sachverständigen würden nur mit dieser Verpflichtung nach Brüssel gehen.

Genf, 3. November. (Eig. Meld.) Laut „Temps" beauftragte Frankreich beim Alliertenrat, vor der Zulassung der Deutschen zu Konferenz von Genf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Deutschlands und die deutsche Steuerkraft durch ein Gutachten der Berliner Ueberwachungskommission festzustellen.

London, 2. November. Der Meinungsaustausch zwischen Paris und London läßt, wie das Reutersche Büro erfährt, es als sicher erscheinen, daß die Sachverständigen des Wiedergutmachungsausschusses und der deutschen Sachverständigen demnächst eine Zusammenkunft haben, die wahrscheinlich in Brüssel stattfindet. Nach der Abfassung des Berichtes durch diese Sachverständigen werde wahrscheinlich eine weitere Zusammenkunft in der Art der Konferenz von Spaa stattfinden, vermutlich in Genf.

Paris, 3. November. Etwa 20 Vertreter der französischen Bergarbeiterschaft erörtern gegenwärtig in geheimer Sitzung die Erklärung des Generalstreiks. Man erwartet, daß der Sekretär Bertuel mit seinem großen Einfluß den Ausschlag geben wird. Nach welcher Richtung hin sich dieser Einfluß geltend machen wird, kann noch nicht gesagt werden. Bertuel hat sich stets zur Sozialisierung des Bergbaues bekannt.

Die griechische Königsfrage.

Genf, 3. November. (Eigene Meldung.) Der „Temps" meldet aus Athen: Der Ministerrat hat in einer Note an den Prinzen Paul ausgesprochen, daß er die Entscheidung über die Königsfrage dem Parlament überlassen müsse, nachdem der geforderte Verzicht des früheren Königs und des Kronprinzen nicht ausgesprochen worden ist.

Lokales.

Miechowitz und Umgegend.

(Kein Hafer für die Pferde.) Fuhrwerksbesitzer und Pferdehalter beklagen sich auch in Oberschlesien darüber, daß es ihnen zur Zeit ganz unmöglich ist, für ihre Tiere Hafer zu bekommen. Für die Stadt Breslau gibt der dortige Magistrat zu diesem Notstand folgende Erklärung:

Der Hafer der Ernte 1920 ist bekanntlich seit dem 16. August dieses Jahres wieder einer öffentlichen Bewirtschaftung unterworfen, dergestalt, daß er nur auf Grund von Bezugsscheinen an die zum Haferbezug Berechtigten zum Höchstpreise von 135 Mark für 100 Kilogramm abgegeben werden darf. Der Haferverbrauch im Wirtschaftsbetriebe des Erzeugers unterliegt einer Beschränkung in keiner Weise; eine Ablieferungspflicht wie für Brotgetreide und in der Kriegszeit auch für Hafer besteht nicht. Nur für den Fall der freiwilligen Abgabe ist die Beschränkung der Abgabe auf Bezugsscheine und die Einhaltung des Höchstpreises zur Pflicht gemacht. Nachdem im vorigen Jahre, als der Hafer frei gehandelt werden konnte, zeitweise ein Haferpreis von 250 Mark für den Zentner gefordert und bezahlt worden, der Preis aber unter 100 Mark so gut wie überhaupt nicht heruntergegangen war, denkt der Erzeuger naturgemäß nicht daran, den überschüssigen Hafer zum Höchstpreise abzugeben; er verfüttert ihn vielmehr in seiner Wirtschaft, erspart dadurch Ausgaben für andere, teuere Futtermittel und hofft, daß entweder der Höchstpreis eine wesentliche Herabsetzung erfahren oder die öffentliche Haferbewirtschaftung, die innerlich bereits zusammengebrochen ist, auch äußerlich aufgehoben werden wird. So kommt es, daß es der Stadtverteilungsstelle für Futtermittel praktisch nicht in einem einzigen Falle gelungen ist, auch nur einen Zentner Hafer zum Höchstpreise zu erwerben. Aus Not hat man sich zu einer mäßigen Zulage in Form einer Schnelligkeitsprämie um Haferhöchstpreise entschließen müssen und dadurch wird es voraussichtlich möglich sein, im November für das Pferd und den Monat je einen halben Zentner Hafer abzugeben. Eine bessere Versorgung ließ sich trotz aller Bemühungen — auch des Schlesischen Landbundes — nicht erzielen, da eine Bewilligung der hohen Forderungen für Hafer aus gesetzlichen Gründen unmöglich ist.

(Die Not der Präparandenlehrerinnen.) Die Abg. Dr. Porsch und Genossen haben folgende kleine Anfrage eingebracht: Der Erlaß vom 6. Oktober 1920, betreffend Abbau der Präparandien, stellt Maßnahmen für die Unterbringung freiwerdender staatlicher Präparandenlehrer in Aussicht. Die staatlichen Lehrerinnenseminare waren darauf angewiesen, ihre Schülerinnen aus Präparandien zu übernehmen, die zwar private Einrichtungen des Seminardirektors, jedoch mit dem Seminar eng verbunden und in mancherlei Weise gegenüber anderen privaten Lehranstalten bevorzugt waren. Diese Präparandenlehrerinnen sind in der gleichen Notlage wie die staatlichen Präparandenlehrer. Nach dem mit großer Mehrheit angenommenen Beschluß der Landesversammlung vom 12. Dezember 1919 sind die beiden Gruppen, sowohl die staatlichen Präparandenlehrer wie auch die Präparandenlehrerinnen, in gleichwertigen Stellen unterzubringen. Was gedenkt die Staatsregierung zu tun, um entsprechend dieser Verpflichtung und in Ausführung dieses Beschlusses den Präparandenlehrerinnen eine anderweitige Anstellung zu sichern?

(Die Ueberfüllung der Försterlaufbahn.) Vom preußischen Landwirtschaftsministerium wird mitgeteilt: Die Ueberfüllung der Försterlaufbahn, gesteigert durch den Verlust ausgedienter Staatsforsten und die Notwendigkeit der Unterbringung zahlreicher Förster und Forstanwärter aus den infolge des Friedensvertrages verloren gegangenen Landesteilen, läßt die weitere Annahme von Anwärtern für den staatlichen Forstbetriebsdienst zunächst nicht mehr zu. Der Minister hat sich daher veranlaßt gesehen, die Laufbahn für den staatlichen Forstbetriebsdienst zunächst auf drei Jahre zu schließen. Vom 1. Oktober d. J. ab werden Forstlehrlinge nicht mehr eingestellt.

(Betriebsrätetagung des deutschen Gewerkschaftsbundes.) Am 24. November d. J. findet in Essen-Ruhr, im Anschluß an den 10. Kongreß der christlichen Gewerkschaften, eine Betriebsrätetagung des deutschen Gewerkschaftsbundes statt. Der einleitende Vortrag auf dieser Tagung über Stand und Aussichten unserer Volkswirtschaft wird von einer an hervorragender Stelle des deutschen Lebensstehender Persönlichkeit, wahrscheinlich vom Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, gehalten werden. Weitere Vorträge auf der Tagung werden sich mit der grundsätzlichen Auffassung des deutschen Gewerkschaftsbundes über die Aufgaben, sowie der Organisation und Schulung der Betriebsräte befassen. — Auf der Tagung werden Vertreter der Betriebsräte aus allen Berufen und aus allen deutschen Gebieten anwesend sein.

(Der Kongreß der christlichen Gewerkschaften.) Der am 20. November in Essen-Ruhr beginnende 10. Kongreß der christlichen Gewerkschaften stellt die großen sozialen Probleme, die das deutsche Volk zu lösen haben wird, in den Mittelpunkt der Verhandlungen. Bei der Bedeutung der Arbeiterbewegung für die deutsche Zukunft darf deshalb dieser Kongreß des politisch gewichtigsten Teils der Arbeiterschaft ein besonderes Interesse beanspruchen. Zählt doch die im deutschen Gewerkschaftsbund vereinigte Anhängerschaft der christlichen Gewerkschaften bereits über 2 Millionen Köpfe und konzentriert sich damit hier eine für die Gestaltung des deutschen Lebens nicht zu unterschätzende Macht. Der Essener Kongreß der christlichen Gewerkschaften wird, wie aus der Tagesordnung hervorgeht, die Auffassungen kundgeben, nach denen die hier vereinigten Arbeitnehmermassen das sozialen, wirtschaftlichen und politischen Leben Deutschlands in der Neuzeit geführt wissen wollen und nach denen sie es zu beeinflussen gewillt sind. Als Tagesordnung des Kongresses ist vorgesehen:

Bericht des Ausschusses des Gesamtverbandes (Berichterstatter: Geschäftsführer Kaiser, Köln). Christliche Arbeiterschaft und die Lebensfragen des deutschen Volkes (Staatsminister Stegerwald, Berlin.) Die deutsche Wirtschaft in Vergangenheit und Gegenwart (Verbandssekretär Hirtsiefer, Duisburg, M. d. R.-W.-R.) Der Gemeinschaftsgedanke in Staat und Wirtschaft (Geschäftsführer Baltreusch, Berlin, M. d. R.-W.-R.). Das Arbeitsverhältnis nach dem neuen Recht (Assessor Dr. Röhr, Berlin, M. d. R.-W.-R.) Die Bewertung der Handarbeit und die gewerkschaftliche Lohnpolitik (Verbandsvorsitzender Imbusch M. d. R.). Die Heranbildung des Nachwuchses in Betrieb und Gewerkschaft (Verbandsvorsitzender Otte, Düsseldorf, M. d. R.-W.-R.) Christentum und Sozialismus (Schriftleiter der „Deutschen Arbeit" Dr. Th. Brauer, Köln, M. d. R.-W.-R.)

(Schlesischer Hausbesitzertag.) Der Provinzialverband Schlesischer Haus- und Grundbesitzervereine hält am 6. und 7. November in Breslau seinen 21. ordentlichen Verbandstag ab. Am Sonnabend abend findet im „Hotel Rom" um 7 Uhr eine Vorstandssitzung und dann ein Zusammensein der Abgeordneten und der Breslauer Vereinsmitglieder statt, am Sonntag früh 9½ Uhr beginnt im Hotel „König von Ungarn" die Hauptversammlung. Auf der Tagesordnung stehen außer den üblichen Hauptversammlungsgeschäften Berichterstattungen von Regierungsrat Ott (Bunzlau) über die drohende Hypothekennot und ihre Bekämpfung durch den Hypothekenschutz, von Justizrat Dr. Riemann über die neuen Gesetzesvorlagen, deren Gefahr und Bekämpfung, sowie über die Höchstmietenfrage und von G. Weidner über wichtige Einzelfragen, insbesondere die Schornsteinfegerfrage.

(5. Vertretertag der Landesvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener Oberschlesiens.) Am 31. Oktober fand in Gleiwitz der 5. Vertretertag der Landesvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener Oberschlesiens statt, zu der 48 Orts- und Kreisgruppen Oberschlesiens ihre Vertreter entsandt hatten. Die Kasse schließt ab mit 18 255,78 Mark Einnahme gegen 17 444,60 M. Ausgaben, mithin mit einem Bestande von 711,18 M. Bei einer Ergänzungswahl für den Vorstand wurden die Kameraden W. Adaschkiewitz-Tarnowitz zum zweiten Schriftführer und Pajonk-Ruda zum 2. Kassierer gewählt. Nach Genehmigung einiger Satzungsänderungen erstattete Kamerad Langer-Gleiwitz Bericht über die Verhandlungen der Bundesleitung mit der Regierung. Zum Vertretertag der Reichsvereinigung in Hannover wurden die Kameraden Czech-Gleiwitz und Plotnik-Oppeln delegiert und mit der Vertretung der einzelnen Ortsgruppen betraut. Zum Schluß der Tagesordnung wurde zur Schaffung einer Sterbekasse für ehemalige Kriegsgefangene Stellung genommen und einige Kriegsgefangenenfragen, z. B. Besetzung der Hilfsausschüsse, Steuerfragen Weihnachtsbeihilfe und Stellenlosenunterstützung behandelt.

(Das Schuhwerk wird teurer.) Die Schuhpreise wurden laut Meldung aus der Schuhfabrikstadt Pirmasens durchschnittlich um 20 Prozent erhöht. Die Fabriken haben soviel zu tun, daß trotz zahlreicher Neuanstellung von Arbeitern Aufträge nur mit 3—4monatiger Lieferungsfrist angenommen werden können.

(Nachbesteuerung der Tabakserzeugnisse.) Von der Finanzdirektion wird nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß alle, bisher nicht versteuerten Tabakserzeugnisse umgehend nachversteuert werden müssen, andernfalls die Waren der Beschlagnahme verfallen.

(Die diesjährige Kartoffelernte.) Nach amtlichen Feststellungen des Preußischen Statistischen Landesamtes hat sich die Anbaufläche für Kartoffeln im Gegensatz zu den vorläufigen Mitteilungen im laufenden Wirtschaftsjahr in Preußen erheblich vermehrt, nämlich von rund 1 344 000 Hektar auf 1 635 000 Hektar, was das Landesamt auf die Mindestpreis-Verordnung vom 13. März d. J. zurückführt. Auch in den übrigen Reichsteilen wird mit einer Vermehrung des Anbaues gerechnet. Dementsprechend beläuft sich die Gesamt-Kartoffelernte in Preußen im laufenden Jahre auf 204 Millionen Doppelzentner gegen 149 Millionen im Vorjahre, die Steigerung beträgt also 37,3 Prozent. Amtlich wird nach alledem vor Angstkäufen gewarnt; wenn der augenblickliche Frost bald aufhöre, und den weiteren Abtransport von Kartoffeln gestatte, werde die Winterversorgung mit Kartoffeln sich erheblich besser als im letzten Jahre vollziehen.

(Neuer Antrag.) Die Miechowitzer Gemeindevertreter der polnischen Fraktion haben in der letzten Gemeindevertretersitzung einen Antrag betr. Neuwahl der Schuldeputation eingebracht. — Sind denn keine anderen Anträge dringlicher?

(Tödlich verunglückt.) Auf der Preußengrube ereignete sich am Sonnabend ein schwerer Unglücksfall. Der 15jährige Grubenarbeiter Potkowa geriet in die Haspel der Fördermaschine (unter Tage) und wurde buchstäblich in mehrere Stücke gerissen. Die Leiche wurde ins Knappschaftslazarett geschafft.

(Sachenmarder.) Nachdem vor kurzem der Casthausbesitzer Herr Schindler und Restaurateur Kottorba von Dieben besucht und ihnen alle Kleidungsstücke gestohlen wurden, drangen in der Nacht zum Montag wiederum in die Wohnung des Vekturanten Stephan Miszczyk Diebe ein und stahlen demselben ebenfalls alle Kleidungssachen. Auch sogar den neuen Brautanzug, welchen M. in zwei Wochen zu seiner Hochzeit braucht.

Rosenberg, 4. November. (Raubmord.) Am Sonntag wurde der Bauer Schuppa aus Wachow auf der Fahrt nach Koschanowitz von Banditen überfallen und ermordet. Die Mörder nahmen ihm 900 Mark bares Geld und sein neues Fahrrad ab. Die Täter sind unerkannt entkommen.

Lublinitz, 4. November. (Ein Gemeindevorsteher von Banditen überfallen.) Der Gemeindevorsteher Paul Kokott, Wymischatz, wurde in seiner Wohnung von bewaffneten Banditen überfallen und unter Bedrohung mit vorgehaltenen Revolvern beraubt. Den Banditen fielen 1161 Mark Gemeindegelder und 1050 Mark eigene Gelder, sowie eine silberne Taschenuhr in die Hände. Die Verbrecher drangen dann noch in die Wohnung des Auszüglers Franz Kokott ein und stahlen aus dieser gewaltsam 350 Mark, seinem Sohne, einem Kriegsverletzten, 400 Mark, 1 Jagdgewehr und 1 Tesching mit 9 Patronen. Von den Tätern fehlt jede Spur.

Rosenberg, 3. November. (Erschossen.) Heute vormittag wurden in einem Gasthaus zu Wyssoka der Landjäger Krahl und der Lehrer Jantke aus Wyssoka am Viertische hinterrücks erschossen. Die Täter konnten bisher noch nicht ermittelt werden. Der Landjäger hatte in Wyssoka einige Verhaftungen vorgenommen.

Hierzu wird noch gemeldet: In der Wirtschaft des Gastwirts Lesch in Wyssoka im Kreise Rosenberg saßen gestern nachmittags zwischen 3 und 4 Uhr der Lehrer Jantke aus Wyssoka und der Landjäger Krahl aus Rosenberg beim Glase Bier. Plötzlich erschienen in dem Lokal 4 Banditen, die zunächst den Landjäger K. hinterrücks erschossen. Darauf gaben sie 10—12 Schüsse auf den mit K. zusammensitzenden Lehrer Jantke ab, der sofort tot zusammenbrach. Die Mörder sind daraufhin unerkannt entflohen. Ob dieser Mordtat ist die Bevölkerung von Rosenberg äußerst erregt und bringt insbesondere den Hinterbliebenen des Landjägers tiefes Mitgefühl entgegen, da K. ein äußerst tüchtiger und gerechter Beamte war und sich in allen Kreisen der Bevölkerung großer Beliebtheit erfreute. Seine Gattin mit fünf unversorgten Kindern trauert um ihren Ernährer.

Beuthen und Umgegend.

(Bezirksversammlung des Oberschles. Handwerkerbundes.) Die große Organisation des oberschlesischen Handwerks, der Oberschlesische Handwerkerbund, Sitz Beuthen, hatte auf Dienstag abend seine Mitglieder zu einer allgemeinen Bezirksversammlung in den großen Saal des Konzerthauses eingeladen. Zahlreich waren die oberschlesischen Handwerksmeister herbeigeeilt, um über die den Handwerkerstand betreffenden Fragen zu beraten und am Ausbau des Handwerks, insbesondere des oberschlesischen, mitzuarbeiten. Der Bundesvorsitzende, Damenschneider Gonsior, sprach die Begrüßungsworte und überreichte dem langjährigen Kämpfer für Handwerkerinteressen, dem 2. Bundesvorsitzenden Schlossermeister Bente-Tarnowitz, in Anerkennung seiner Verdienste eine Ehrenplakette. Darauf sprach Rechtsanwalt Dr. Skowronek-Beuthen über „Handwerk und Politik." Der Redner schilderte eingehend die vorzügliche deutsche Wirtschaftslage vor dem Kriege, zeigte dann, wie der lange Krieg und in noch weiterem Ausmaße die Revolution diese zerstört hatten; er schilderte den schon entbrannten Kampf um die neuen wirtschaftlichen Grundlagen und entwickelte dann etwa folgende Gedankengänge: Alle haben ein Recht auf Arbeit, nicht zuletzt der Handwerker. Nun versucht man von sozialistischer Seite die Handwerker mit Schlagwörtern, wie Kommunalisierung und Sozialisierung zu betören. Die letzte Vergangenheit hat jedoch dem Handwerker die Augen geöffnet. Das Handwerk ist auf christlicher Grundlage aufgebaut. Grundlegend für das Handwerk ist ferner die Aufrechterhaltung des Eigentumsrechtes, Sozialisierung und Kommunalisierung sind Todfeinde des Handwerks. Darum lehnt sie das Handwerk entschieden ab; es wird und muß sich auf anderer wirtschaftspolitischer Grundlage betätigen. Diese kann nur die allgemeine deutsche Wirtschaftspolitik sein. Für die Allgemeinheit, dann aber auch für uns selbst! Das ist das geflügelte Wort, das sich der oberschlesische Handwerker auf die Fahnen geschrieben hat. In dem sozialen Kampfe müsse besonders der Ausbau des Handwerks als Produzent und als Unternehmer, dann aber auch als wichtiger Faktor des Mittelstandes besonders unterstrichen werden. Es fordert im Rahmen der Wirtschaftsreform nicht nur Agrar- und Industriepolitik, sondern auch kräftige Förderung der Handwerkerinteressen. Der Bundesvorsitzende sprach dann über die Gewerbesteuer. Er glaube, diese Steuer als ein Ausnahmegesetz gegen die Handwerker bezeichnen zu müssen und trat ganz entschieden für ihren Abbau ein. Er gab der Versammlung als Bundesvorsitzender das Versprechen, bei den zuständigen Stellen in diesem Sinne zu wirken.

(Gegen die Fleischverteuerung.) In der letzten Quartalsversammlung der hiesigen Freien Fleischer-Innung brachte das Vorstandsmitglied Wilhelm Leschcziner auch den Beuthener Schlachtviehmarkt zur Sprache, mit dessen Wiedereröffnung nach der Aufhebung der Zwangswirtschaft bestimmt gerechnet wurde. Wegen der hier und dort noch auftretenden Maul- und Klauenseuche ist aber bis jetzt von der Wiedereröffnung des Schlachtviehmarktes Abstand genommen worden. Dafür hat sich aber auf dem Gelände des hiesigen Schlachthofes ein wilder Viehhandel mit seinen vielen Auswüchsen etabliert. Großviehhändler bringen mehrere Waggons mit Schlachtvieh nach Beuthen, das aber nicht im Einzelnen, sondern im Ganzen an Großschlächter verkauft wird und dann noch durch mehrere Hände geht, bevor der einzelne Fleischermeister in den Besitz eines Stückes Vieh kommt. Auf diese Weise wird das Fleisch nicht unerheblich verteuert. Um diesen Mißständen ein Ende zu bereiten, ist von der Innung auf den Antrag des Fleischermeisters Wilhelm Leschcziner beschlossen worden, den Magistrat zu ersuchen, sobald als möglich den regulären Viehmarkt wieder zu eröffnen, und zwar mit der Einschränkung, daß an den einzelnen Viehmarkttagen die Zeit bis 10 Uhr vormittags ausschließlich den hiesigen Fleischern zur Deckung ihres Bedarfs freigegeben, und die auswärtigen Fleischer erst nach 10 Uhr zum Einkauf zugelassen werden. Gleichzeitig ist beschlossen worden, die hiesige Schlachthofdirektion auf den gegenwärtigen die Fleischpreise unnötigerweise in die Höhe treibenden wilden Viehhandel im Bereich des hiesigen Schlachthofes aufmerksam zu machen, mit der Bitte, zur Abhilfe Sorge tragen zu wollen.

w. (Protest gegen die neue Wasserzinsordnung.) In der Vorstandssitzung des Mieterschutzvereins sind wieder eine Reihe von Fällen bekannt gegeben worden, in denen sich einzelne Hausbesitzer Uebergriffe gegen ihre Mieter haben zu schulden kommen lassen. Alle diese Beschwerden sollen an die zuständigen Stellen weitergegeben werden, um den betreffenden Mietern zu ihrem Recht zu verhelfen. Mit Bedauern wurde davon Kenntnis genommen, daß die von sozialen Vorgesetzten geleiteten Beschlüsse hinsichtlich einer Erleichterung der Bezahlung des Wasserzinses von kinderreichen Familien, sowie minderbemittelten Steuerpflichtigen und Armenunterstützungsempfängern, die Bestätigung des Magistrats nicht gefunden haben. Die Besprechung führte zu dem Ergebnis, daß seitens des Mieterschutzvereins gegen die neue Wasserzinsordnung in ihrer jetzigen Fassung an zuständiger Stelle Protest erhoben werden soll.

(Waffenfunde.) Von polnischer Seite wird berichtet, daß am letzten Sonnabend im Vorgarten der Friedenshütter Turnhalle Munitionsfunde gemacht wurden. Einer alliierten Streife fielen dort drei Kisten Munition, die vergraben waren, in die Hände. Im Freischwimmbad in Friedenshütte beschlagnahmten französische Soldaten eine größere Menge Stiel-Handgranaten, 20 Gewehre und die dazu gehörige Munition.

(Stadttheater Beuthen.) Donnerstag, den 4. November, abends 7½ Uhr, geht der große Operettenschlager „Der ersten Liebe goldne Zeit" in der bekannten vorzüglichen Besetzung zum 8. Male in Szene. Freitag, den 5. November, findet eine geschlossene Vorstellung statt. Sonnabend, den 6. November, abends 7½ Uhr, gelangt die reizende Operette „Die Czardasfürstin" zum letzten Male zur Aufführung. In Vorbereitung: „Der wundertätige Magus", dramatisches Gedicht von Calderon mit Direktor Knapp und Oberspielleiter Siegfried Bruck in den Hauptrollen. Spielleitung: August Spinti.

Allerlei vom Tage.

Ein neues Eisenbahnunglück in Frankreich.

Für die unzulängliche Betriebssicherheit der französischen Eisenbahnen, die sich nachgerade zu einem öffentlichen Skandal auswächst, liegt wieder ein trauriger Beweis vor. In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag erfolgte in der Nähe von Chartre ein schwerer Zusammenstoß zwischen dem Schnellzug Paris—Brest und einem Güterzug, wobei dem ein Lokomotivführer getötet und 34 Personen mehr oder minder schwer verletzt wurden. Nach amtlicher Angabe soll das Unglück wieder einmal auf das Versagen der Bremsen zurückzuführen sein.

Großes Brandunglück bei London.

„Telegraaf" meldet, daß in Wapping bei London in der Nacht zum Dienstag ein ungeheurer Brand in der Gummifabrik entstand. Dabei ereignete sich eine Explosion, durch welche drei Feuerwehrleute getötet, sowie sechs andere Feuerwehrleute und einige Polizisten und Zivilisten verletzt wurden.

Ein Windbeutel.

Am Sonnabend, den 30. Oktober, ist der Kugelballon „Hauptmann Grüner" nach einer Fahrt von Bitterfeld nach dem Lockstedter Lager bei der Landung abends 7 Uhr einschließlich Korb und Instrumenten unbemannt entflogen. Es besteht die Möglichkeit, daß er auf einer der dänischen Inseln, in Schweden oder schließlich auch auf der Nordsee niedergegangen ist.

— Die in den Reichswerken beschäftigt gewesenen Maschinenschlosser Wilhelm Rohrbach und Max Liepke wurden in Berlin zu 2½ Jahren Gefängnis bezw. 2¼ Jahren Zuchthaus verurteilt. Sie hatten aus den Reichswerken Werkzeuge in großen Mengen gestohlen. Allein bei Rohrbach wurden 1640 gestohlene Spiralbohrer gefunden.

Briefkasten.

F. W. Unseres Erachtens ist im vorliegenden Falle, wenn in dem Vertrag nichts diesbezügliches vereinbart ist, die Kündigung zu dem von Ihnen erwähnten Termin zulässig. Wegen der Pachterhöhung — eine solche jagent auch angemessen — wäre eine gütliche Einigung das Beste. Dagegen geht es wohl nicht an, daß Sie, solange das jetzige Pachtverhältnis noch läuft, die betreffenden Gebäude für Ihre Zwecke verwenden, es sei denn, daß der Pächter sich damit einverstanden erklärte, was er aber schwerlich tun wird. Der jetzige Inhaber der Gebäude wäre auch nicht verpflichtet, ohne weiteres auszuziehen. Auch hier wäre eine gütliche Einigung angebracht.

T.-St. Wenn das betr. amerikanische Konsulat in der Angelegenheit nichts Positives erzielte, dürfte es sehr schwer sein, auf eigne Faust Nachforschungen anzustellen. Vor allem müßte der letzte Aufenthaltsort der Betreffenden in Amerika bekannt sein. Wissen Sie denn überhaupt einen Ort, an dem sich die Betreffende einmal längere Zeit aufgehalten hat? Dann ließe sich vielleicht dort feststellen, wohin sie von da ging.

H. 333. Um die Verleihung des betr. Ordens zu beantragen, wenden Sie sich zweckmäßig an beide von Ihnen erwähnten Stellen. Ueber die Bedingungen, unter denen der Orden verliehen wird, läßt sich nichts Bestimmtes sagen, da es mit all den Auszeichnungen seit langem nicht mehr so genau genommen wird wie etwa zu Anfang des Krieges. — Die Lazarettzeit wird jedenfalls auch angerechnet.

Danksagung.

Hierdurch sprechen wir Sr. Hochw. Herrn Pfarrer Lerch für die abgehaltenen Andachten, sowie für die Ansprache am Grabe für die gefallenen Kameraden ein herzliches

„Gott vergelts."

Der Vorstand des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen
Ortsgruppe Miechowitz.

Neumann. Burczyk.

Danksagung!

Für die abgehaltenen Andachten und Ansprachen an den Gräbern unserer gefallenen Ehemänner und Söhne sprechen wir Hochw. Herrn Pfarrer Lerch unseren

herzlichsten Dank

aus.

Miechowitz, den 1. November 1920.

Im Namen der Hinterbliebenen

Karoline Opielka.

Unterhaltungsblatt

Rotationsdruck und Verlag: Gebrüder Wenske, Königshütte O.-S.

Höhen und Tiefen.

Roman von M. Eitner.

(24. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Oft, wenn er im Halbschlummer lag, war es ihm, als stehe die Baroneß neben seiner Frau mit einem Ausdruck von Friede und Glück in ihren Zügen, der ihn wunderlich berührte. Diese Vorstellung kehrte immer wieder. Er wollte davon loskommen, weil sie ihn gewissermaßen beunruhigte, und konnte doch nicht.

Schneller als man erwartet hatte, schritt die Besserung des verletzten Beines vor. Fast mit Bedauern merkte es der Rittmeister, wenn er auch einerseits froh war, wieder zur Tätigkeit gelangen zu können. Als er den Fuß wieder aufsetzen konnte, ohne Schmerzen im Bein zu verspüren, saß er mit Vorliebe in dem schönen Pfarrgarten, auf einer von Fichten umgebenen Bank, sich selbst wie ein Kuriosum betrachtend, weil die Stille, die hier über der ganzen Welt zu liegen schien, ihn nicht irritierte, sondern ihm wohltat.

Wie an manchen Menschenherzen im Sturm gearbeitet wird, so an anderen in der Stille. Das mußte Senden erfahren, der sich jetzt noch nicht völlig klar war über das, was sich in ihm vorbereitete. Als er so weit hergestellt war, daß er seinem Regiment nachreisen konnte, stand er vor Pastor Ebert und seiner Frau, um Abschied zu nehmen. Die Pferde standen bereits vor der Gartentür gesattelt.

„Arme Frau Pastor," sagte er, „Sie mögen geseufzt haben, als Ihnen überhaupt Einquartierung drohte, und nun sind Sie gar dergestalt geplagt worden, daß Sie langer Zeit bedürfen, um sich zu erholen."

Frau Pastor Ebert lachte herzlich und entgegnete: „Manchmal sieht sich ein Uebel aus der Ferne schlimmer an, als es sich dann in der Nähe erweist. Diesmal war es so. Nehmen Sie den Gedanken mit, daß unser Quartiergast uns sehr lieb geworden ist. Wir werden uns freuen, Sie auch ohne Manöver einmal hier begrüßen zu können."

Der Pastor bemerkte fröhlich: „Herr Rittmeister, das war viel gesagt von meiner Frau, für welche die ununterbrochene Stille des Landlebens ein Erfordernis ist. Sie haben ihr Herz, wie es scheint, im Sturm erobert! Nun behüte Sie Gott! Schonen Sie Ihr rechtes Bein. Gar zuviel wird es noch nicht vertragen."

„Leben Sie wohl," sagte Senden. „Haben Sie vielen Dank. Sie ahnen gar nicht, was ich alles bei Ihnen gelernt habe, das mir vielleicht in meinem weiteren Leben von großem Nutzen sein wird."

Der Rittmeister bestieg sein Pferd, das schon ungeduldig den Boden stampfte. Er grüßte noch einmal und war bald den Nachblickenden entschwunden.

Es war gegen Abend, als der Professor Langheld von seiner Reise zurückkam. Er hatte sich vorher nicht darüber ausgesprochen, wie lange er bleiben würde, hatte durch kein Telegramm seine Heimkehr angezeigt. Er betrat sein Zimmer, ohne daß seine Mutter und Tochter etwas gemerkt hatten. Wie einer, der eine große Anstrengung hinter sich hat und müde dadurch geworden ist, setzte er sich vor seinen Schreibtisch und stützte den Kopf mit den Händen. Er mußte sich erst klarmachen, daß er wirklich wieder in seinen eigenen Räumen war, in denselben Räumen, in welchen er den Haß gegen das Geschlecht und gegen den Namen Wellinghausen gepflegt und immer wieder neu aufgeschürt hatte, wenn er glaubte, er brenne nicht hell genug.

War er denn noch derselbe Mensch, nun das Feuer, das durch ein Menschenalter in ihm gebrannt hatte, erlosch? Erlöschen mußte es ganz und gar. Wie konnte und durfte er es noch unterhalten, wenn seine Maria den Namen, den er bis jetzt gehaßt hatte, tragen sollte? Wie konnte und durfte er es noch unterhalten, nachdem er Elisabeth Auge in Auge gegenübergestanden und erkannt hatte, daß ein Leben voll Leid ihr Los gewesen war?

O, diese sanften, schwarzen Augen mit dem wunderbaren Ausdruck! Wie sie ihn angeblickt hatten! Wie ihr Blick ihm tief hinein ins Herz gedrungen war und ihn hatte erbeben lassen, in einer Weise, daß er um keinen Preis noch länger hätte wollen von ihnen angesehen werden.

Wie Grimm faßte es ihn jetzt plötzlich wieder, als er sich sagte, daß um einer von ihm ungekannten Schuld willen eines anderen, ihr und sein Glück hingeopfert worden war, ihr und sein Leben zerstört worden war. Doch er schüttelte den Grimm ab. Alle diese düsteren Gefühle, die sich im Menschenherzen gegen andere erheben, andere anklagen, andere verwünschen lassen, sollten ja zur Ruhe kommen. Er wollte sie überwinden.

Er war Psychologe genug, um zu wissen, daß in solchem Wollen bereits der Anfang zum Vollbringen lag. Er raffte sich auf. Es war Zeit, daß er von sich und seinen Gefühlen abstrahierte und weder diese noch sich selber zum Gegenstand wissenschaftlicher Erörterungen machte, sondern daß er an Maria dachte.

Seine arme geknickte Blume! geknickt durch ihn. Ob sie sich wieder aufrichten würde, dem Licht entgegen? Ob sie noch Kraft haben würde, sich zu erheben? Wehe, wenn es zu spät war!

Dieser Gedanke beunruhigte den Professor plötzlich namenlos. In Eile verließ er jetzt sein Zimmer, um die Wohnstube, wo er seine Mutter und Maria vermutete, aufzusuchen. Er trat ein. Schnell überflog und erfaßte sein Blick die Situation. Seine Mutter saß an ihrem gewohnten Platz, ein Strickzeug in der Hand. Maria lag auf dem Sofa hingestreckt, bleich und müde.

„Du, Hugo, schon zurück!“ rief Frau Langheld.

Prüfend blickte sie ihren Sohn an. Sie mußte in seinem Gesicht etwas lesen, das ihr große Freude machte, denn ihre Augen wandten sich mit schnellem Aufleuchten zu Maria hin.

Der Professor reichte der Mutter die Hand und trat zu der Tochter heran, die sich erheben wollte und doch vor Mattigkeit kaum imstande dazu war.

„Bleib liegen, Kind,“ sagte er. In seiner Stimme lag eine Weichheit, die Maria aufhorchen machte, als höre sie eine wunderbare, süße Musik.

Der Professor zog sich einen Stuhl heran und blickte prüfend in Marias Gesicht. Da quoll ein Gefühl in ihm auf, so heiß und wunderlich, daß ihm momentan die Augen trübe wurden und er kaum etwas zu sagen vermochte. Reue, heiße Reue, erfaßte ihn. Er hatte Menschen gehaßt, war zum Menschenfeind geworden, weil man ihm seine Liebe genommen hatte, weil seine Hoffnungen auf Glück zerstört worden waren. Und er hatte ohne Mitleid, mit rauher Hand, in seines Kindes Leben eingegriffen, hatte Marias Hoffnungen auf Glück zerstört. Was er, der Mann, nicht hatte ertragen können, ohne umgewandelt zu werden in seinem innersten Sein und Wesen, hatte er einem zarten Mädchen zugemutet. Wieder tauchte der Haß in diesem Augenblick in ihm auf, aber es war der Haß gegen sich selber.

„Du warst nicht lange verreist, Papa,“ sagte Maria, weil der Professor schwieg.

„Nein, Kind. Ich brauchte nicht viel Zeit. Ich hatte nur eine Bestellung zu machen.“ — Er streichelte Marias schmale Hände und fragte: „Kind, fühlst du dich denn gar so müde? Ich hatte gedacht, wir würden übermorgen eine Tour zur Burg und Molkenkur unternehmen können, weil ich morgen Besuch erwarte.“

„Ach, Papa!“ seufzte Maria, „Besuch und ein Spaziergang! Es wird schon gehen,“ fügte sie jedoch schnell hinzu. „Wenn ich zu müde bin, kann ich ja mit Mütterchen fahren.“

„Ja, auf diese Weise geht es am besten,“ bemerkte der Professor und fragte: „Bist du denn gar nicht neugierig, welchen Besuch ich erwarte?“

Du kennst so viele Menschen, die ich nicht kenne, Papa, aber willkommen sind sie ja immer.“

„Von dem, der kommen will, habe ich dir heute schon einen Gruß auszurichten, Maria.“

„So kenne ich ihn, Papa? Nenne ihn mir nur, das Raten will jetzt so schlecht gehen. Verzeih es mir.“

Wieder streichelte der Professor die Hand Marias. Der Blick seiner Tochter war auf ihn gerichtet, aber ohne jegliche Spannung und Neugier, nur voll Müdigkeit.

„Baron Gerhard läßt dich grüßen, Maria. Er wird morgen kommen, um seine kleine Braut zu umarmen.“

Groß und starr fast hefteten sich Marias Augen auf den Vater. Kein Wort kam über ihre Lippen.

„Ja, ja, Kind,“ sagte der Professor wieder, „es ist so. Ich war bei ihm. Ich habe ihm selber gesagt, daß er kommen soll.“

„Gerhard!“ kam es, kaum hörbar, über Marias Lippen. Dann flüsterte sie: „Papa!“ mit einem Ausdruck, der noch nie an des Professors Ohren gedrungen war. Sie richtete sich auf, legte ihren Kopf an des Professors Brust, legte ihren Arm um seinen Hals und schluchzte vor Seligkeit.

„Mütterchen!“ rief sie dann, „Mütterchen! O mein Gott, hast du's gehört? Gerhard kommt wieder, darf kommen. O Mütterchen, kann ich denn ein solches Glück ertragen?“

Frau Langheld war näher getreten. Sie legte ihre Hand auf des Sohnes Schulter und blickte Maria an: „Das ist ein schöner Augenblick, Hugo,“ sagte sie. „Glücklich machen gibt selber Glück ins Herz zurück.“

„Ist es auch wirklich, wirklich wahr, Papa?“ fragte Maria wieder.

Sie konnte es gar nicht fassen, daß all ihr Leid sich so urplötzlich in herrliches, seliges Glück wandeln sollte. „Warum kam er nicht gleich mit, Papa?“ fügte sie hinzu.

Lächelnd entgegnete der Professor: „O diese Ungeduld! Er hat schwere Tage durchgemacht. Sein ältester Bruder ist vor einigen Tagen erst gestorben und beigesetzt worden. Er wird wohl auch nicht lange bleiben können. Er muß seiner Schwester zur Seite stehen. Wie wird es nun übrigens werden, Kind, mit der Partie zum Schloß und zur Molkenkur?“

„O, das ist ein herrlicher Gedanke, Papa. Ich will auch nicht fahren. Gerhard wird nur müssen sehr langsam gehen, nicht so wie damals. — Damals!“

Wie verwandelt erschien Marias Gesicht. Aus den bis jetzt so müden Augen brach von neuem jener halb märchenhafte, halb schelmische Glanz hervor, der früher die Menschen so entzückte.

„Der Baron wird nicht zufrieden sein,“ begann der Professor wieder. „Die rosigen Wangen sind bleich geworden. Er wird mir vorwerfen, und mit Recht, daß ich dich schlecht gepflegt und gehütet habe.“

Maria lächelte und sagte: „Das wird bald alles anders werden, Papa. Und Gerhard wird dir keine Vorwürfe machen, das glaube mir.“

„Du scheinst ihn ja sehr gut zu kennen und sehr viel Vertrauen zu ihm zu haben.“

„Wie könnte man denn anders, Papa?“

„Und ruhe dich gut aus für morgen, Kind.“

Mit diesen Worten entfernte sich der Professor, nachdem er Maria noch einmal geküßt hatte.

Mit gefalteten Händen, glückselig wie ein Kind, lag Maria da. „Mütterchen!“ flüsterte sie immer wieder, „Mütterchen, ist es denn auch wirklich kein Traum? Wie hat doch der liebe Gott alles so wunderbar gewendet. Wie war Papa heute so anders, so ganz anders als damals.“ — —

Am nächsten Abend um dieselbe Zeit stand Maria in ihrem Zimmer. Sie trug dasselbe Kleid, welches sie an jenem Tage getragen hatte, da Gerhard ihr von seiner Liebe sagte. Sie hatte sich mit demselben blauen Bande geschmückt. Ihr Blick war dem Wege zugewendet, der zum Bahnhof führte. Sie meinte, sie müßte Gerhard kommen sehen. Und doch hatte sie den Augenblick seines Kommens nicht bemerkt, ahnte auch nicht, daß der Baron bereits bei ihrem Vater war.

Plötzlich klopfte es leise. Ehe sie noch „Herein!“ rufen konnte, trat der Baron ein. Ehe sie sich bewußt wurde, einen Schritt vorwärts getan zu haben, lag sie in seinen Armen, fühlte sie seine heißen, innigen Küsse auf ihren Lippen, ihren Augen.

„Meine kleine, süße Braut! Meine zarte Blume!“ flüsterte der Baron. Eine tiefe Erregung kam über ihn, als er in Marias bleiches Gesicht blickte und erkannte, wie sehr sie unter der Trennung gelitten hatte. Doch ihre Augen leuchteten jetzt. Neue Lebenskraft schien über sie gekommen zu sein.

„Gerhard,“ sagte sie wieder und wieder, „wie bin ich so glücklich!“

Der Professor schien an diesem Abend wie umgewandelt. Wer ihn genau kannte und beobachtet hätte, würde sich gesagt haben: Es ist gerade, als sei von dem Mann eine schwere Last genommen worden, die ihn fast zu Boden drückte.

Während Gerhard mit Maria sprach und ihr alles das sagte, was anderen so nichtig erschienen sein würde, ihnen beiden jedoch so wichtig war, stand der Professor vor seiner Mutter. Er faßte ihre Hand, küßte sie und sagte: „Mama, ich habe vor einiger Zeit ein Wort von dir gehört, dessen Wahrheit ich tief habe empfinden müssen. Du sagtest, der Haß sei ein Gift, der die Hand verdirbt, die es austeilt, und dem den Frieden nimmt, der ihn empfindet. Mama, du hattest recht, ganz recht. Doch damals hätte ich dir das nicht zugegeben. Du kennst ein Blatt aus meinem Leben nicht, Mama. In ruhiger Stunde sollst du es lesen; nur jetzt noch nicht.“

(Fortsetzung folgt.)